



SPD stellt Fragen zur Kreishauserweiterung

Für eine Erweiterung des Kreishauses hat Landrat Michael Cyriax (CDU) Pläne vorgestellt, die ein zusätzliches Gebäude auf der Fläche des Parks am Kreishaus vorsehen. Weichen müsste hierfür der dortige Weiher. Rund 250 Beschäftigte der Kreisverwaltung sollen hier künftig arbeiten.

„Nachdem nun bereits die Anwohnerinnen und Anwohner, der Kreisausschuss und ausgewählte Mandatsträger über die Ausbauplanungen für das Kreishaus informiert wurden, halten wir es für überfällig, den Kreistag ausreichend über die wohl schon weit fortgeschrittenen und ziemlich konkreten Pläne der Kreisspitze zur Kreishauserweiterung zu informieren“, findet der SPD-Fraktionsvorsitzende Dr. Neuhaus. Einen entsprechenden Antrag der SPD beschloss der Kreistag in seiner letzten Sitzung am 2. November.

Zahlreiche Fragen seien bislang unbeantwortet, stellen die Sozialdemokraten fest: So sei es fraglich, ob angesichts des raschen Wandels des Arbeitsall-

tags auch in der Kreisverwaltung mit Home Office und flexiblen Arbeitsplätzen eine Aufstockung der Präsenzbüroflächen in dem geplanten Maß überhaupt noch erforderlich und zeitgemäß sei. Genauer dargelegt werden sollen auch die aufgerufenen Baukosten von 33 Millionen Euro. Nicht zuletzt in Anbetracht der Unwägbarkeiten der Corona-Auswirkungen ein stolzer Betrag, findet die SPD. Auch der Wegfall großer Teile der Grünanlage und des Weihers sowie die Auswirkungen auf die Anwohnerinnen und Anwohner müssten beachtet werden. Außerdem sei zu klären, ob eine solcher Eingriff in das Gesamtensemble überhaupt in rechtlicher Hinsicht – Stichwort Urheberrechtsschutz – statthaft sei. Hierzu soll die Kreisspitze dem Kreistag Bericht erstatten und regelmäßig in den zuständigen Ausschüssen die weiteren Entwicklungen darstellen. Dies wurde zugesagt.

„Mit 33 Millionen Euro ließen sich zahlreiche sehr sinnvolle Vorhaben im Kreis umsetzen,

beispielsweise der Ausbau des überlasteten Öffentlichen Nahverkehrs, die Unterstützung der Kommunen beim Schaffen bezahlbarer Wohnungen und die auch die schnelle Digitalisierung der Schulen (→ hierzu auch S. 2). Wenn hier nun nach dem Kreishallenbad ein weiteres Großprojekt im zweistelligen Millionenbereich auf den Weg gebracht wird, muss klar sein, dass es sich nicht in erste Linie um ein Prestigeprojekt des Kreises handeln darf, sondern wirklich objektiv nachvollziehbar der Bedarf besteht“, gibt Dr. Neuhaus zu bedenken und verweist vorsorglich auf die unrühmlich teure Baugeschichte des Landratsamts. Dringend sei weiter die fortlaufende Bürgerbeteiligung. Nicht ohne Grund habe sich bereits eine Bürgerinitiative formiert. „Wir finden es wichtig, dass die Betroffenen vollumfänglich eingebunden werden und vom Kreis die Erforderlichkeit des kostspieligen Ausbaus überzeugend dargelegt wird, bevor sich die SPD zu dem Vorhaben positioniert.“



DR.
PHILIPP
NEUHAUS
Fraktionsvorsitzender

Liebe Mitbürgerinnen,
liebe Mitbürger,

die Corona-Pandemie hat auch unseren Landkreis wieder voll erfasst. Die SPD-Kreistagsfraktion unterstützt alle Maßnahmen des Main-Taunus-Kreises, um die Pandemie so gut es geht einzudämmen. Unser Dank geht an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Gesundheitsamtes des Kreises, die wie viele andere in der Kreisverwaltung derzeit eine unglaubliche Arbeit vollbringen. Der Dank schließt auch die politisch Verantwortlichen ein, auch wenn sie nicht der SPD angehören. Wir sind davon überzeugt, dass jetzt nicht die Zeit ist, in der es darum geht, bei diesem Thema politische Erfolge für die eine oder die andere Partei zu reklamieren. Jetzt müssen wir alle an einem Strang ziehen!

Wir freuen uns auch darüber, dass die Kreiskoalition aus CDU, Grünen und FDP die unterschiedlichen Ideen der Oppositionsparteien aufgegriffen hat, und einen Betrag von bis zu 3 Millionen Euro bereitgestellt wird, um die Klassenzimmer der Schulen des Kreises mit Lüftungsanlagen auszustatten. Das Wichtigste ist jetzt aber: Bleiben Sie gesund!

Ihr

Philipp Neuhaus

Dr. Philipp Neuhaus



(Symbolbild)

Kreis soll genügend Tablets für Homeschooling beschaffen

Im September sind an den Schulen des Kreises 2980 Tablets ausgegeben worden, komplett finanziert aus Mitteln des Bundes und des Landes im Rahmen des Digitalpaktes. Das bedeutet maximal 2 neue Tablets für jede Klasse im MTK, hat die SPD errechnet. „Das ist zu wenig. Jedes fünfte Kind in Deutschland lebt in einem Haushalt unter der Armutsschwelle“, stellt Daniela Paul, schulpolitische Sprecherin der SPD, fest, „hier können die Eltern häufig nicht einmal einen Schulranzen kaufen, geschweige denn teure Tablets. Für diese Kinder müssen die Schulen ausreichend digitale Endgeräte zur Verfügung stellen!“ Da die bisherigen Tablets

den MTK keinen Cent gekostet haben, schlägt die SPD vor, der Kreis solle die Zahl der Tablets aus eigenen Mitteln verdoppeln, um einer Abdeckung von rund 20 Prozent der Schülerinnen und

jedes Schulkind ein digitales Endgerät gestellt bekommen, geht es nach den Sozialdemokraten. „Zwar wurde laut dem Kreis von den Schulen zunächst nur ein Bedarf von 2980 Tablets angemel-

erforderlich machen sollte. Dann können wir nicht Jahre auf die Umsetzung warten, dann muss jetzt etwas passieren. Jedes Kind muss über einen ausreichenden Zugang zu digitalen Lehrangebo-

„**Jedes Kind muss über einen ausreichenden Zugang zu digitalen Lehrangeboten verfügen. Und der darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen!**“

Schülern näher zu kommen. Entsprechend der bereits erfolgten Anschaffung würde dies rund 1,3 Millionen Euro kosten. Der Antrag wird nun im Ausschuss beraten. Ein erster Schritt. Langfristig solle

det“, so Paul weiter, „allerdings dürfte sich der Bedarf an Endgeräten durch die Entwicklung der Corona-Situation dramatisch erhöht haben, insbesondere wenn die Lage erneut Homeschooling

ten verfügen. Und der darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen!“ Außerdem hätten Schulen gegenüber der Presse bereits geäußert, dass ihre Wünsche nicht komplett berücksichtigt wurden.



DANIELA PAUL
Schulpolitische
Sprecherin

Zustand der Zivilschutzsignale im Kreis

Erstmals seit der Wiedervereinigung wurden im September mit einem ein bundesweiten Probealarm die bestehenden Warnsysteme für den Katastrophen- und Zivilschutz getestet

Dies lieferte im gesamten Bundesgebiet örtlich sehr unterschiedliche Ergebnisse und wurde vom Bundesinnenministerium insgesamt als „Fehlschlag“ bezeichnet. In den vergangenen Jahrzehnten wurde das stationäre Zivilschutznetz vielerorts zurückgebaut und stattdessen auf ortsunabhängige Alternativen gesetzt.

„Früher gab es auch bei uns im MTK in jedem Ort Sirenen

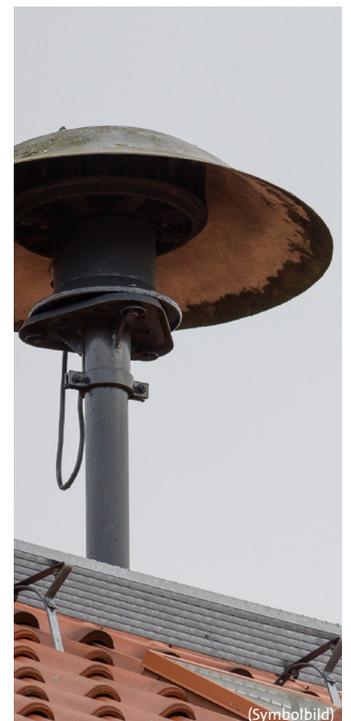
mit dem markanten Alarmton, die regelmäßig getestet wurden“, weiß Gerd Elzenheimer von der SPD-Kreisfraktion, „Heute bestehen eine Vielzahl möglicher Warnwege parallel, neben den stationären Sirenenanlagen und Lautsprecheranlagen auch Alarmierungen über Mobilfunknetze, Apps oder verschiedene Medien. Nicht immer ist ersichtlich, an welchem Ort welches System verfügbar ist. So kann es zu Unklarheiten und Unsicherheiten kommen.“

Vor diesem Hintergrund stellt die SPD eine Anfrage an den Kreis, ob und wie die flächendeckende Übertragung



GERD ELZENHEIMER
Vorsitzender des
Sozialausschusses

von Katastrophen- und Zivilschutzsignalen im Main-Taunus-Kreis sichergestellt ist und welche Warnwege dafür jeweils in den Städten und Gemeinden genutzt werden. Als nächsten Schritt regen die Sozialdemokraten an, die Bürgerinnen und Bürger besser über die jeweiligen Warnwege bei ihnen vor Ort in den Städten und Gemeinden zu informieren.



(Symbolbild)



(Symbolbild)

Gemeinsam durch die zweite Corona-Welle kommen

Angesichts wieder dramatisch ansteigender Corona-Fallzahlen und dreistelligen Inzidenzwerten bleiben die Sozialdemokraten trotzdem ihrer bisherigen Linie treu, die Corona-Politik des Main-Taunus-Kreises grundsätzlich mitzutragen und nicht zum politischen Streitthema zu machen. „Die zweite Welle ist da und wir kommen am besten hindurch, wenn wir alle konstruktiv und verantwortungsbewusst handeln“, so Manuel Schiewe, von der SPD-Kreistagsfraktion, „die aktuelle Situation können wir nur gemeinsam und solidarisch meistern. Wir appellieren daher auch an alle Mitbürgerinnen und Mitbürger, die Vorsichtsmaßnahmen mitzumachen.“ Beim Umgang mit der Corona-Situ-

ation zeigen sich derzeit besonders zwei große Baustellen im Schulbetrieb: Der Präsenzunterricht und die Schulbusse. „Die Ausbreitung von Coronaviren durch Aerosol-Partikel in geschlossenen Räumen wird als ein wesentlicher Risikofaktor im gegenwärtigen Infektionsgeschehen angesehen“, erläutert Schiewe, „das spielt besonders an den Schulen eine Rolle, wo der Präsenzunterricht in Klassenstärke für eine erhöhte Ansteckungsgefahr sorgt.“ Um das Risiko zu mindern, gebe es einige Maßnahmen, die im Raum stehen. Natürlich das regelmäßige Lüften der Räume. Dies ist nach Aussagen des Landrats in allen Klassenräumen sichergestellt, aber in den Wintermonaten nur schwer durchzuhal-

ten. Zudem gebe es keine Aussage zu Fach- und Differenzierungsräumen, merken die Sozialdemokraten an. Als Alternativen und Ergänzungen kursieren viele Vorschläge, zum Beispiel Luftfilter oder ein veränderter Betrieb der Klimaanlage. Die SPD möchte diese nutzen und beantragte daher die Feststellung geeigneter Maßnahmen und eine rasche Beschaffung. Gemeinsam mit ähnlichen Anträgen der Linken und der Koalition wurde dies beraten und der Kreistag einigte sich mit großer Mehrheit auf die Beschaffung entsprechender technischer Geräte. „Die häufig überfüllten Schulbusse sehen wir mit großer Sorge“, so Schiewe zum zweiten Thema und den seit Wochen kur-

sierenden Bildern von dichtem Gedränge in vielen Schulbussen. Vom Kreis heißt es dazu nun, es werde bereits mit Hochdruck an Lösungen gearbeitet. „Wir brauchen hier dringend Abhilfe und werden das genau beobachten.“ Die Sozialdemokraten schlagen zudem konkret vor, dem dichten Gedränge in den Stoßzeiten durch zeitversetzten Unterrichtsbeginn und -ende zu begegnen, sowie auf private Busunternehmen zurückzugreifen.



MANUEL SCHIEWE

Bau- und verkehrspolitischer Sprecher

SPD fordert Anpassungen beim neuen MTV-Fachbeirat

Im Juli dieses Jahres wurde den 13 Gesellschaftern der Main-Taunus-Verkehrsgesellschaft mbH (MTV) – das sind die zwölf Städte und Gemeinden sowie der Kreis – eine Neufassung des Gesellschaftsvertrages vorgelegt, der eine weitreichende Änderung der Organisationsstruktur vorsieht. Neben der künftig deutlich verkleinerten Gesellschafterversammlung soll es einen neu geschaffenen Fachbeirat geben, in dem Sachthemen beraten werden sollen. Geplant ist, dass in diesen der Kreis 3 Mitglieder und jede Kommune ein Mitglied entsendet. Gegen diese Umsetzung regte sich einiger Widerstand in Kommunen des Kreises. Die Be-

denken sollten im Kreistag nicht einfach übergangen werden, fanden die Sozialdemokraten, brauche es doch die Zustimmung aller Gesellschafter, gemäß dem Plan der Gesellschaft bis zum Jahresende. „Wir können die Kritik gut nachvollziehen. Kommt der Fachbeirat wie vorgeschlagen, wird er alleine von Vertreterinnen und Vertretern gebildet, die von den jeweiligen Mehrheitsfraktionen bestimmt werden“, erklärt Julia Ostrowicki, stellv. Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion, „eine Beratung, die das Meinungsgefüge im Kreis realistisch und in seiner Pluralität abbildet, ist dann dort kaum zu erwarten. In der Form braucht man die-

ses Gremium nicht, dafür reicht dann auch die Bürgermeisterdienstversammlung!“ Gebe es keine hinreichende Repräsentation auch kleinerer Gruppen und oppositioneller Meinungen, senke dies die Akzeptanz der Empfehlungen des Fachbeirates rapide. „Die SPD hatte schon im zuständigen Ausschuss für Eigenbetriebe und wirtschaftliche Beteiligungen vorgeschlagen, das Vorhaben zunächst im Kreis nochmal zurückzustellen und dringend das Gespräch mit den anderen Gesellschaftern zu suchen. Das wurde von der Koalition leider abgelehnt“, so Ostrowicki weiter, „daher haben wir den Antrag gestellt, dass der MTK



JULIA OSTROWICKI

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende

sich dafür einsetzen soll, den Fachbeirat angemessen aufzustoocken.“ Doch auch dieser Vorschlag der Sozialdemokraten wurde in der letzten Sitzung des Kreistages von der Mehrheit der Koalition aus CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt. Keine gute Entwicklung, findet die SPD. Zumal bislang nur fünf von dreizehn Gesellschaftern der Änderung zugestimmt haben.



v.l.n.r.: Dr. Martina Helmerich, Harald Schindler, Silvia Maeder, Moritz Löw, Manuel Schiewe, Daniela Paul, Julia Ostrowicki, Dr. Philipp Neuhaus, Nadine Kirchheim, Lisa Henties, Alexander Immisch, Antje Köster, Nancy Faeser Mdl, Georg Einhaus, Adolf Kannengießer, Michael Antenbrink, Gerd Elzenheimer.

Team für die Kreistagswahl 2021 steht

„Wir sind stolz, mit Nancy Faeser die Nummer eins der hessischen SPD auch bei uns auf Listenplatz 1 zu haben“ freut sich Michael Antenbrink, Vorsitzender der SPD Main-Taunus, „mit ihr und unserem Fraktionsvorsitzenden Dr. Philipp Neuhaus als Spitzenduo gehen wir voller Zuversicht in einen spannenden Wahlkampf und die

Kreistagswahl am 14. März.“ Für Listenplatz 3 bestimmten die Sozialdemokraten bei ihren Parteitag die 20-jährige Vorsitzende der SPD-Jugendorganisation Jusos im Main-Taunus-Kreis, Lisa Henties aus Kelkheim. Insgesamt 81 Kandidatinnen und Kandidaten aus allen Städten und Gemeinden des Kreises umfasst die Liste (Auszug s. rechts).

SPD fragt nach Kosten bei der RMD

Drei zeitgleich beschäftigte Geschäftsführer, Kosten für diverse Rechtsstreitigkeiten und die Belastungen aus den krachend gescheiterten Erweiterungsplanungen für die von der Koalition aus CDU, FDP und Grünen lange vehement vorangetriebenen Deponieerweiterung in Flörsheim-Wicker. Die SPD sieht einigen dringenden Klärungsbedarf. „Durch die früh absehbare und dann im Kreistag schließlich einstimmig abgelehnte Erweiterung der Deponie sind der Rhein-Main Deponie GmbH (RMD) erhebliche Kosten entstanden. Dieses Geld fehlt der Gesellschaft bei der notwendigen Neuaufstellung“, stellt SPD-Fraktionsvorsitzender Dr. Philipp Neuhaus, fest, „Bereits in unserem Antrag zum Stopp der Deponie auf der Deponie haben wir Aufklärung über die entstandenen Kosten gefordert. Dieser Punkt fand jedoch im Juni keine Mehrheit.“ Der von der SPD geforderte Bericht wurde im Kreistag mit den Stimmen der Koalition verhindert. Nicht grundlos, vermuten

die Sozialdemokraten: „Bei der RMD wurde durch das Festhalten der Koalitionäre und ihren Repräsentanten an der Spitze des Kreises richtig viel Geld ‚verbrannt‘. Denn eine Zusammenarbeit mit der Landeshauptstadt Wiesbaden bei den Deponiekapazitäten bot sich frühzeitig als Alternative an. An einer Aufarbeitung und der Feststellung des entstandenen Schadens hat die Koalition nun erkennbar kein Interesse.“ Maßgeblich an den Fehlentwicklungen bei der RMD beteiligt waren auch die bis zu drei zeitgleich beschäftigten und von der Kreisspitze mit ausgewählten Geschäftsführer in der Zeit seit April 2017. Keiner von ihnen gehört mehr dem Unternehmen an. Durch Rechtsstreite mit ehemaligen Geschäftsführern entstehen der RMD horrenden Kosten. Wichtig sei es nun, die Fehlentwicklungen aufzuarbeiten, alle Fakten und Zahlen auf den Tisch zu bekommen, und daraus die notwendigen Schlüsse zu ziehen. Den Beginn macht nun eine SPD-Anfrage an den Kreis.

Kandidatinnen und Kandidaten der SPD für die Kreistagswahl am 14. März 2021

- | | |
|---|---------------------------------------|
| 01 Nancy Faeser Mdl (Schwalbach) | 26 Alexander Tulatz (Hofheim) |
| 02 Dr. Philipp Neuhaus (Hattersheim) | 27 Michaela Zimmermann (Sulzbach) |
| 03 Lisa Henties (Kelkheim) | 28 Philipp Moritz (Flörsheim am Main) |
| 04 Michael Antenbrink (Flörsheim am Main) | 29 Elvira Neupert-Eyrich (Hofheim) |
| 05 Gisela Stang (Hofheim) | 30 Werner Moritz-Kiefert (Krieffel) |
| 06 Harald Schindler (Hochheim am Main) | 31 Friederike Wiertulla (Bad Soden) |
| 07 Julia Ostrowicki (Kelkheim) | 32 Marcus Hesse (Hochheim am Main) |
| 08 Alexander Immisch (Schwalbach) | 33 Eva Sauter (Eschborn) |
| 09 Antje Köster (Hochheim am Main) | 34 Hans-Joachim von Kiel (Krieffel) |
| 10 Georg Einhaus (Hofheim) | 35 Dorothea Barth (Krieffel) |
| 11 Elke Stadler (Sulzbach) | 36 Niclas Maether (Hofheim) |
| 12 Adolf Kannengießer (Eschborn) | 37 Christiane Augsburg (Schwalbach) |
| 13 Daniela Paul (Hattersheim) | 38 Johann Rautschka-Rücker (Sulzbach) |
| 14 Gerd Elzenheimer (Bad Soden) | 39 Birgid Oertel (Hattersheim) |
| 15 Dr. Martina Helmerich (Bad Soden) | 40 Harald Eulenberger (Eppstein) |
| 16 Bernhard Köppler (Hofheim) | 41 Silvia Moritz-Kiefert (Krieffel) |
| 17 Silvia Maeder (Hattersheim) | 42 Hans Franssen (Hattersheim) |
| 18 Manuel Schiewe (Hattersheim) | 43 Aylin Fischer (Schwalbach) |
| 19 Nadine Kirchheim (Flörsheim am Main) | 44 Lukas Beck (Eschborn) |
| 20 Moritz Löw (Kelkheim) | 45 Ellen Beutel (Hattersheim) |
| 21 Dr. Claudia Ludwig (Schwalbach) | 46 Jan Willemsen (Bad Soden) |
| 22 Adrian Bellingen (Liederbach) | 47 Amelie Ludwig-Dinkel (Schwalbach) |
| 23 Rosi Mohsler (Krieffel) | 48 Peter Feddersen (Schwalbach) |
| 24 Bernhard Veeck (Eschborn) | |
| 25 Nicole Dittmar (Liederbach) | |

➔ Und weitere 33 Kandidatinnen und Kandidaten. Mehr Infos auf www.spd-main-taunus.de

SEITENBLICK MTK Die Karikatur zum Thema

In den letzten Jahren Kerngeschäft der RMD: Die Geldverbrennung.

